

Verschwindet Deutschland?

Während die Weltbevölkerung dramatisch zunimmt, ist die Geburtenrate in Deutschland und Europa im Keller. Das hat weit reichende Auswirkungen auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen. Prof. Dr. Herwig Birg gibt auf der Basis einer demographischen Bestandsaufnahme Auskunft über die gesellschaftlichen Szenarien für das 21. Jahrhundert. Ursachen, Auswirkungen und mögliche Gegenmaßnahmen stehen im Zentrum seiner Betrachtungen.

Ihrer Ansicht nach gibt es Fragen in der Politik, wie beispielsweise die Kosten des Wohlfahrtsstaates, die Defizite der Systeme sozialer Sicherung oder die Fragen der Zuwanderung, die immer wiederkehren, weil sich die Antworten verbraucht haben. Was ist hier der gemeinsame Nenner?

Die Gemeinsamkeit ist gar nicht so leicht festzustellen. Für mich ist die Beziehungskrise zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft der gemeinsame Nenner: Beim Wohlfahrtsstaat haben wir eine solche Krise, die dadurch entsteht, dass der Einzelne seine Wohlfahrt durch Ansprüche an alle anderen zu erhöhen glaubt, und dabei ist doch klar, dass Wohlfahrt und Wohlstand nur durch Leistung entstehen können und nicht durch Umverteilung von Leistungen.

Bei der sozialen Sicherung entsteht das Problem ebenfalls aus einer Beziehungskrise, nämlich der Krise zwischen den Generationen. Wir sprechen ja vom Generationenvertrag als Basis für die soziale Sicherung: Die noch jüngeren Menschen und die älteren werden unterstützt durch die mittlere Generation. Wenn die mittlere Generation selbst zu den Älteren gehört, wird sie durch die dann mittlere Generation versorgt, so dass, wenn dieses Generationengefüge nicht mehr stimmt, auch die Sicherung versagt! Denn der Generationenvertrag basiert auf einem Generationengefüge, das intakt ist; das

Modell wurde vor 120 Jahren auf der Basis einer Bevölkerungspyramide eingeführt, bei der die mittlere Generation noch dominierte. Und jetzt gerät diese Generation im Vergleich zu den zu versorgenden jüngeren und älteren allmählich in die Minderheit, die Relationen stimmen nicht mehr. Dann ist auch dieser Generationenvertrag nicht mehr haltbar.

Bei der Zuwanderung stellt sich ebenfalls ein gesellschaftliches Beziehungsproblem, das sich in der Frage ausdrücken lässt: „Wer gehört dazu?“. Hier ist das Integrationsproblem das eigentliche Problem. Daraus entstehen alle anderen Schwierigkeiten, zum Beispiel soziale Ungleichheit durch Arbeitslosigkeit usw. Wenn man das Beziehungsproblem zwischen dem Individuum und der Gesellschaft ernst nimmt, dann ist klar, dass es keine einfachen Lösungen geben kann. Das ist ähnlich wie bei persönlichen Beziehungsproblemen.

Die sinkenden Geburtenzahlen und die zunehmende Alterung der Gesellschaft haben gravierende Auswirkungen auf die gesellschaftlichen und auf die politischen Strukturen in Deutschland. Im Zentrum Ihrer Betrachtungen steht auch der Arbeitsmarkt. Zu welchen Schlussfolgerungen kommen Sie?

Wir haben seit zweieinhalb Jahrzehnten konstant niedrige Geburtenraten (= Kinderzahl pro Frau) in Deutsch-

”

Das Angebot
an Arbeitskräften
wird dramatisch
sinken.

“

land, aber gerade weil sich da nichts ändert, sinken jetzt auch die absoluten Geburtenzahlen. Dies hat einen Anstieg des Durchschnittsalters zur Folge, und zwar aufgrund von zwei Faktoren: Zum einen, weil die Zahl der Jüngeren abnimmt und zum anderen, weil die Zahl der Älteren stark wächst. Das sind zwei ganz verschiedene Ursachen, wobei die erste die wichtigere ist. Durch die Abnahme der Zahl der jüngeren Menschen erhöht sich das Durchschnittsalter auch dann noch, wenn die Zahl der Älteren ab 2030 wieder zurückgeht.

Bis 2050 wird die Gruppe der über 60-Jährigen stark expandieren, da haben wir eine regelrechte Bevölkerungsexplosion, ein Wachstum um zehn Millionen. Gleichzeitig nehmen die 20- bis 60-Jährigen – diese entscheidende mittlere Generation – ab, und zwar um 16 Millionen. Das bewirkt einen Anstieg des Durchschnittsalters von ungefähr 40 auf dann über 50. Dass dies eine Reihe von gravierenden Folgen haben wird, liegt auf der Hand, denn die 20- bis 60-Jährigen sind ja die Hauptaltersgruppe für das Angebot an Arbeitskräften. Dieses Angebot wird so dramatisch sinken, dass sich die Wirtschaft zu Recht Sorgen macht, aber zu Unrecht glaubt, dieses Problem durch Zuwanderung lösen zu können. Denn Zuwanderer und ihre hier geborenen Kinder haben – von wenigen Ausnahmen abgesehen – sehr viel niedrigere schulische und berufliche Qualifikationen, als es die Unternehmen in Deutschland gewohnt sind.

Aber so wichtig der Arbeitsmarkt und die Ökonomie sind, dies ist nicht das Entscheidende: Die gesellschaftlichen Strukturen, das Verhältnis der einzelnen Generationen und der Bevölkerungsgruppen zueinander, geraten aus den Fugen. Der Kitt zwischen den Generationen geht verloren, die Solidarität zwischen den Gruppen hält das Gefüge nicht mehr zusammen. Hier besteht auch eine Gefahr für die politischen Strukturen, dass die Bevölkerung beispielsweise verstärkt rechts- und linksextreme Parteien wählt, von denen sie irriterweise glaubt, dass diese die Lösungen für die Probleme hätten. Die Folgen auf ökonomischem Gebiet, die ständig thematisiert werden, sind natürlich sehr bedeutsam,

aber wenn man Ursachen und Folgen auseinander halten will, sind die ökonomischen Auswirkungen nur besonders augenfällige Oberflächenphänomene, nicht die eigentlichen Ursachen.

In Deutschland gibt es Zuwanderung in erheblichem Umfang seit den 70er-Jahren. Schon damals hatte Deutschland fast eine Million Zuwanderer pro Jahr. Insofern ist das alles nichts Neues, sondern ein jahrzehntelanger Prozess, der jetzt auch im Alltag nicht mehr zu übersehen ist. Man erkennt vor allem in den Innenstädten, dass sich die Bevölkerungsstruktur drastisch geändert hat. Das Problem ist aber nicht erst in dem Augenblick entstanden, in dem es von jedermann wahrgenommen wird.

In Ihrem Buch „Die demographische Zeitenwende“ gehen Sie mit einer säumigen und ängstlichen Politik ins Gericht, die Sie für unfähig und unwillig halten, die demographischen Entwicklungen zu steuern. Was ist der Hintergrund?

Schulduweisungen helfen nicht weiter. Wenn man in einer Demokratie die Politik anprangert, muss man konsequent sein und die Wähler anprangern. Wenn man das aber tut, stellt man das Volk – den politischen Souverän – an den Pranger, und die Frage ist immer, ob das angemessen ist. Da habe ich so meine Zweifel, zumal sich das Volk aus vielen Gruppen zusammensetzt und einige davon viel Anerkennung verdienen, zum Beispiel die Familien, die Kinder erziehen und nicht nur haben. Entscheidend ist, dass die Wahlperioden in der Politik auf kurzfristige Erfolge programmiert sind. Wer langfristige Politik macht, wird nicht honoriert, sondern in der Regel sogar vom Wähler dafür bestraft. Wir bräuchten mehr den Typus von Politiker, der sich als Staatsmann versteht, dem das Gewinnen der nächsten Wahl relativ unwichtig ist, dem wichtiger ist, dass seine Enkel von seiner Politik und seinen Handlungen profitieren.

Warum sind Sie der Auffassung, dass die Fortschritte des Wohlfahrtsstaates aus demographischen Gründen gefährdet sind?

Der Wohlfahrtsstaat funktioniert nur dann, wenn

”

Wir bekommen aus demographischen Gründen eine Spaltung der Gesellschaft.

“

die verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch Solidarität miteinander verbunden sind, und das kann man nur dann bewerkstelligen, wenn nicht einzelne Bevölkerungsgruppen überfordert werden.

Genau das passiert jetzt aber durch die demographische Entwicklung. Das Verhältnis der Zahl der zu versorgenden Menschen gegenüber der Zahl derjenigen, die die Versorgungsleistung erbringen, nimmt um mehr als das Doppelte zu. Wenn wir bereit wären, von unserem Bruttoeinkommen für diese Sicherungssysteme das Doppelte und mehr abzuzweigen als bisher, dann müsste der Wohlfahrtsstaat nicht aus den Fugen geraten. Aber diese Bedingung ist nicht erfüllbar. Es ist nicht vorstellbar, dass wir auf Jahrzehnte hinaus so drastisch steigende Belastungen haben. Denn das hieße ja, dass vom Bruttoeinkommen dann bis zu 80 % für Steuern und soziale Sicherungsleistungen abgingen. Und da muss man Zweifel haben, ob das die Leute noch verstehen und akzeptieren würden. Deshalb hat die Politik mit einer Rentenreform reagiert, bei der das Rentenniveau gekürzt und zudem ein immer größerer Anteil der Renten aus Steuermitteln finanziert wird. Trotzdem entsteht eine Lücke in der Altersversorgung, die nur noch durch private Zusatzversicherungen zu schließen ist.

Das Gleiche wird bei der gesetzlichen Krankenversicherung passieren. Auch da wird die Regierung dem Volk sagen, wenn ihr das gewohnte Versorgungsniveau beibehalten wollt, dann könnt ihr das nur haben, wenn eine private Zusatzversorgung eingeführt wird, so wie bei der Rentenreform. Diejenigen, die das bezahlen können, werden das tun, ohne sich weiter aufzuregen. Aber es wird eine große Gruppe geben, die das nicht kann, die dann mit der Grundversorgung zufrieden sein muss. Wir bekommen also aus demographischen Gründen eine Spaltung der Gesellschaft, die wir bisher nicht kannten, in sehr gut versorgte Menschen mit einer guten Alters- und Krankenversorgung und einer Gruppe, die nur das Nötigste, die so genannte Grundversorgung, hat. Das ist neu in Deutschland. Da baut sich eine soziale Ungleichheit auf, aber nicht, weil die Deutschen plötzlich unsozialer geworden wären, sondern weil ihnen die demographische Entwicklung keine Wahl

lässt. Wir bewegen uns im 21. Jahrhundert im Rückwärtsgang in Richtung auf amerikanische Verhältnisse.

Stehen wir als schrumpfendes Volk vor einem schleichenden ökonomischen Zusammenbruch?

Das wissen wir nicht. Die Demographie kann Bevölkerungszahlen ziemlich sicher prognostizieren und in den Konsequenzen ziemlich klar berechnen, aber welche Folgen die einzelnen Menschen und die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger daraus ziehen, das ist sehr viel schwerer vorauszusehen. Einig sind sich die Volkswirte und Wachstumstheoretiker nur dahin gehend, dass sich die Zuwachsraten des Volkseinkommens aus demographischen Gründen drastisch verringern werden. Das Pro-Kopf-Einkommen wird sich bis 2050 – bestenfalls – zwar noch verdoppeln, aber ohne diese negativen demographischen Entwicklungen hätte es sich vielleicht vervierfacht. Von einem Zusammenbruch würde ich zwar nicht sprechen, aber von einer Dämpfung der Zukunftsaussichten, also einer graduellen Veränderung zum Negativen hin.

Wie könnten Lösungen aussehen, um den Kurs in die richtige Richtung zu steuern?

Wenn die Zahl der Köpfe schrumpft, bleibt ja nur übrig, das, was in den Köpfen ist, zu optimieren, also die Bildung zu verbessern. Das hilft kurzfristig. Aber eine gesellschaftlich nachhaltige Lösung ist das natürlich nicht, denn die Schrumpfung geht ja ständig weiter, solange die Geburtenrate konstant bleibt. Und man kann bestimmt nicht aus jedem Schulkind einen Universitätsabsolventen machen, jedenfalls nicht ohne Zerstörung der Universitäten, die allerdings schon weit fortgeschritten ist. Folglich muss man parallel dazu langfristige Lösungen anstreben, und die können nur darin bestehen, die Zahl der Kinder pro Frau wieder zu erhöhen auf das bestandserhaltende Niveau von im Durchschnitt zwei. Das ist zurzeit noch nicht richtig erkannt, weil wir Scheinlösungen haben, die die Aufmerksamkeit absorbieren, wie beispielsweise das Zuwanderungsgesetz. Niemand diskutiert das eigentlich Erforderliche.

”

Wir können nicht
mehr behaupten,
in einem sozialen
Rechtsstaat zu leben.

“

Aber selbst wenn wir es mit einer neuen Politik zu Wege brächten, das bestands-erhaltende Niveau zu erreichen, hätten wir trotzdem bis zum Jahr 2080 Gebur-tendefizite. Eine solche Politik setzt also einen langen Atem voraus.

Man kann ja schlecht jeder einzelnen Frau vorschreiben, dass sie doch bitte zwei Kinder zu gebären habe. Wie stellen Sie sich eine derart gesteuerte Familienpolitik vor?

Da bin ich Pessimist, ich stelle mir die gar nicht vor. Man sollte nicht versuchen, Kinder durch Prämien oder Ähnliches zu erkaufen. Die Gesellschaft müsste sich an einer Kulturpolitik versuchen, die den einstmals selbst-verständlichen Willen hervorbringt, Nachkommen zu haben. Das war ja früher nichts Außergewöhnliches, sondern gehörte einfach zum Leben dazu. Die Men-schen hatten eigentlich immer genügend Kinder. Die Rückkehr in diesen Zustand kann aber nur glücken, wenn die Änderungen im Kopf beginnen. Und dazu gehört mehr als Kindergartenplätze, Kindergeld sowie die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf. Hier ist es viel schwieriger für die Politik, Erfolge zu haben, weil es mit Geld allein nicht zu machen ist. Allerdings sind wir weit davon entfernt, über so etwas wie kulturpolitische An-strengungen auch nur nachzudenken, geschweige denn diese in die Tat umzusetzen.

Welche Konflikte prognostizieren Sie für die Zukunft, wenn die entsprechenden Handlungsoptionen nicht umgesetzt werden?

Die Politik setzt sich derzeit eher mit den Konsequenzen auseinander als mit den Ursachen. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass wir jetzt schon eine Renten-reform haben und nicht erst im Jahr 2030. Dies zeigt ja, dass über die Auswirkungen nachgedacht wird, wenn auch nicht über die Ursachen. So werden auf dem Ge-biet der Sozialpolitik die Konsequenzen zwar abgemil-dert, aber nicht nachhaltige Lösungen erreicht. Mehr als

ein möglichst intelligentes Umgehen mit dem Unvermeidlichen scheint niemand anzustreben.

Fakten und Tendenzen sind das eine, wie wir darauf reagieren, ist ein anderes Thema. Es ist deshalb so schwer, die richtige Position dem Problem gegenüber zu finden, weil ja auch unter den jüngeren Generationen immer noch zwei Drittel der Menschen Kinder haben, und zwar im Durchschnitt die ideale Zahl von zwei pro Frau. Daher wäre es in hohem Maße unangebracht, so zu tun, als wenn alle alles falsch machten. Die Gesellschaft spaltet sich in einen Teil mit Familien und Kindern und in einen Teil ohne Kinder. Das Problem ist nur, dass beide Teile in der Gesellschaft stark miteinander verwoben sind, aber nicht mehr zusammenpassen.

Dass nichts mehr zusammenpasst, erkennt man zum Beispiel daran, dass ein Ein-Personen-Haushalt viermal soviel Nettoeinkommen hat wie ein Vier-Personen-Haus-halt. Wir können deshalb nicht mehr behaupten, dass wir in einem sozialen Rechtsstaat leben. Die Kinder des einen Teils der Bevölkerung erbringen die Leistungen mit, durch die die Kinderlosen im Alter mitversorgt wer-den. Die soziale Ungerechtigkeit hat damit ein unakzep-tables Ausmaß angenommen. Da aber zwei Drittel der Menschen Kinder haben, kann man nicht die ganze Gesellschaft verurteilen. Wir stecken in einer Falle – mit einem Notausgang für eine kleine Gruppe und ohne Ausgang für den großen Rest.

Aber wir können auch nicht für mehr Gerechtigkeit sorgen, indem wir neue Ungerechtigkeiten schaffen – womit zu rechnen wäre, wenn man die Forderung vieler Schnelldenker umsetzt und beispielsweise die Rente für Kinderlose halbieren würde. Wenn die demographische Basis nicht mehr funktioniert, kann man vieles reparie-ren, schafft aber mit jeder Reform neue Probleme. Bes-ser ist es, die Basis in Ordnung zu bringen. Und das geht nur mit einer langfristig angelegten Kulturpolitik, die das Denken in den Köpfen revolutioniert – nennen wir es ruhig „Kulturrevolution“.